



# Wir Wahlinformation regional

im Stimmkreis Miesbach Zeitung zu den Wahlen in Land und Bund 2013

Zur Wahl gehen statt ins Schneckenhaus verkriechen...

## Politikwechsel mit Ude, Steinbrück und Barthel

Nur mehr wenige Tage, bis in Bayern und in ganz Deutschland gewählt wird. Die Entscheidungen, die dabei von den Wahlberechtigten getroffen werden, sind weit bedeutsamer als die Medien es Glauben machen. Es geht um einen anderen Politikstil, im Maximilianeum wie im Bundestag. Um Offenheit, Glaubwürdigkeit und um das Wohl der Allgemeinheit.



Fangen wir doch beim Vergleich von Peer Steinbrück und Angela Merkel an. Da muss man sich doch die Frage stellen, was einem lieber ist, durch welche Gangart man sich politisch besser vertreten sehen möchte.

### Peer Steinbrück spricht Klartext

Gehört man zu jenen, die den Kopf in den Sand stecken und die der „Man-müsste-mal“-Politik à la Merkel einfach weiter Raum lassen? Oder ist einem ein Peer Steinbrück der klaren Worte lieber – ein Kanzler, der vielleicht auch einmal jemandem auf die Zehen tritt, aber der gewiss nicht der politischen Untätigkeit geziehen werden könnte ...

Auch der Vergleich zwischen Christian Ude und Horst Seehofer fällt leicht.

### Christian Ude hält Wort

Dass der noch amtierende Ministerpräsident allen alles verspricht und heute das Gegenteil von dem behauptet, was er gestern noch wild entschlossen verkündet hat, wird im Kabarett verspottet und in den Zeitungen verbal belächelt. Lustig ist das aber nicht! Dieses Land hat wirklich etwas Besseres verdient: Keinen Vielversprecher, der selten etwas hält, sondern einen Ministerpräsidenten Christian Ude, dessen Laufbahn geprägt ist von Glaubwürdig-

keit, Verantwortung, Erfolg, sozialem Bewusstsein. Und dem es nicht um irgendeine Klientel geht, sondern um das Wohl aller ...

### Klaus Barthel steht für soziale Gerechtigkeit

In dieser Rangliste in Sachen Ehrlichkeit und Integrität steht auch der erfahrene Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel ganz vorne. Ihm die Stimme zu geben bedeutet auch, sich gegen Beliebigkeit und Farblosigkeit zu stellen und einen jener Politiker zu unterstützen, die voraus schauen und nach dem Wohl der Menschen fragen, statt nach dem Eigennutz.

Ansprüche der Urlauber verändern sich

## Verträglicher Tourismus – gut für den Landkreis

Die Tourismusbranche boomt. Die Reise- und Ausflugslust der Menschen ist bedeutsamer Wirtschaftsfaktor – auch im Landkreis Miesbach. Was nicht übersehen werden darf: Neben seiner wirtschaftlichen Bedeutung hat der Tourismus weit reichende Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt. Sanfter Tourismus als Gegenentwurf zum Massentourismus möchte die „Nebenwirkungen“ des Reisens an sich und negative Auswirkungen auf die Urlaubsgebiete verringern.



Berge, Seen, Tradition und Kultur. Der Landkreis bietet ideale Möglichkeiten. Zum Beispiel bei einer Tour am Wallberg.

so sehr von einer intakten Natur und einer lebendigen Kultur wie die Reisebranche.

Im Landkreis Miesbach gibt es sehr viele nachhaltige touristische Angebote und Aktivitäten: Wandern, Radfahren,

Bergsteigen. Im Winter Schneeschuh- und Skitouren in dafür ausgewiesenen Bereichen. Die Infrastruktur stimmt: Themenwanderwege, Tierbeobachtungsstellen, Fahrradverleih – das und ein vielfältiges kulturelles Angebot ist wichtigstes Kennzeichen eines nachhaltigen Tourismus.

### Warum in die Ferne schweifen ...

Eigentlich eine gute Idee: einmal Urlaub im Oberland machen! In den schönen Bergen von Hütte zu Hütte wandern. Bäuerliche und barocke Kulturdenkmäler und Naturparadiese entdecken. Und das alles ganz in der Nähe – und mit Fahrrad, Bahn oder Bus leicht zu erreichen.

## Veranstaltungen der SPD in Ihrer Nähe

### Roter Tisch

Donnerstag, 05.09., 20:00 Uhr



mit den SPD-Direktkandidaten Klaus Barthel, Thomas Mandl und Betty Mehrer  
Gasthof Oberbräu, Holzkirchen



### 150 Jahre SPD Sonntag, 08.09., 15:00 Uhr

mit Gastredner Franz Maget und Ehrung der Jubilare  
Bürgersaal, Geißstr. 1, Hausham

### SPD Infostände

- jeweils vormittags:
- 07.09. Miesbach Lebzelterberg
  - 07.09. Holzkirchen Marktplatz
  - 07.09. Weyarn (Metzgerei Stielner)
  - 11.09. Holzkirchen Marktplatz
  - 14.09. Miesbach Lebzelterberg
  - 14.09. Holzkirchen Marktplatz
  - 14.09. Feldkirchen-Westerham (Lidl)
  - 19.09. Miesbach Lebzelterberg
  - 21.09. Miesbach Lebzelterberg
  - 21.09. Holzkirchen Marktplatz
  - 21.09. Feldkirchen-Westerham (Netto)



## Geothermie

Bald auch in Holzkirchen:  
Energie aus der Tiefe

Große Energiemengen ruhen im Alpenvorland in 3500 bis 5500 Metern Tiefe. Etwa 150 Grad Celsius heißes Wasser wartet als Energie zum Heizen und Stromerzeugen. Bereits zehn Gemeinden verfügen über eigene Heizwerke und in zwei Kommunen wird auch bereits Strom erzeugt. Mindestens in zehn weiteren Gemeinden laufen Bohrarbeiten und wiederum in einer Vielzahl weiterer Orte untersucht und plant man und stellt die Finanzierung sicher. Eine dieser Gemeinden ist der prosperierende Markt Holzkirchen. Hier sind die geologischen Gegebenheiten sehr gut. Prognostiziert werden Temperaturen von 150 Grad und eine Schüttung von 130 Liter pro Sekunde. Die Energieversorgung durch die Gemeindewerke gilt seit Jahrzehnten durchaus als preiswert. Auch ist bereits ein Fernwärmenetz in Teilen vorhanden. Gute Voraussetzungen.

Dazu kommt unternehmerischer Mut und ein ökologisches Bewusstsein im Gemeinderat. Mit den Fraktionen von SPD und den Grünen als „Antreiber“, kam es im Gemeinderat Holzkirchen zu einem einstimmigen „Ja“ zur Geothermie in Holzkirchen.

Die finanzielle Last allerdings wollen und müssen Unternehmen und Gemeinde allein stemmen, denn der schwarz-gelbe Freistaat proklamiert nur, er hilft jedoch weder bei der Finanzierung, noch hilft er mit Absicherungen oder Bürgschaften. Schlimmer noch: In Berlin fährt Schwarz-Gelb die EEG-Förderung (EEG – Erneuerbare-Energien-Gesetz) zurück. Diese Umstände gefährden das Projekt der Marktgemeinde. Wie es scheint, will die Energielobby die Energiewende im Allgemeinen und eine kommunale Versorgung im Besonderen verhindern.

Gelingt das Holzkirchner Projekt nämlich, werden jährlich 50 Millionen kWh Strom erzeugt. Dann ist die Gemeinde Holzkirchen quasi autark – und gleich auch noch Vorbild für andere Gemeinden...

## Impressum

Seiten 1, 2, 7,

Verantwortlich für den Inhalt der Seiten zur Landtags- und Bezirkstagswahl (V.i.S.d.P.):

SPD-Kreisverband Miesbach

Vorsitzende Christine Negele, Edelweißstr. 4, 83700 Rottach-Egern.

Redaktion: Franz Josef Amann, Thomas Mandl, Betty Mehrer, Christine Negele, Heinz Oesterle, Hans Pawlovsky, Hans Putzer, Max Ruf, Walter Sedlmayer.

Layout: Hans Gärtner

SPD-Kreisverband Miesbach  
www.spd-landkreis-miesbach.de

Thomas Mandl  
www.thomas-mandl.info

Betty Mehrer  
www.betty-mehrer.spd-weyarn.de

Erscheinungstermin  
27. August 2013



## Bei den Vereinen im Landkreis Miesbach ist Jugendförderung groß geschrieben

## Der Jugend im Landkreis eine Zukunft geben

**Früher war alles besser? Mitnichten... Zahllose Ehrenamtliche arbeiten daran, die Jugend in der Region zu fördern und zu fordern. Jugendförderung wird groß geschrieben, egal ob im Sport- oder Trachtenverein.**

Der demografische Wandel, die Technisierung der Gesellschaft, die wachsenden Belastungen am Arbeitsplatz – auf der Jugend von heute liegen hohe Erwartungen. Um diese erfüllen zu können, ist unser Nachwuchs auf eine entsprechende Förderung angewiesen. Im Landkreis Miesbach steht dieses Thema immer mehr im Blickpunkt. Der Landkreis und die Gemeinden fördern verschiedene Projekte vom Kulturhaus zur Goldenen Parkbank in Miesbach, über die Skater-Anlage in Holzkirchen, verschiedene Sportanlagen in der Region bis hin zu konkreten Projekten der Vereine. Das Vereinsleben im Landkreis ist sehr breit gefächert und alle sind auf Nachwuchs angewiesen. Letztlich profitieren beide Seiten: Die Vereine gewinnen neue Mitglieder und die Jugend erlernt etwas fürs Leben, beispielsweise Teamgeist, Freude am sozialen Engagement und den Umgang mit den Mitmenschen.

## ■ Gemeinsam attraktiver

Längst ist es nicht mehr gang und gäbe, dass die Vereine abwarten können, bis die Jugendlichen von sich aus



**Gemeinsam gewinnen, gemeinsam verlieren – Zusammenhalt ist eine der elementaren Tugenden, die der Jugend von heute im Verein vermittelt werden. Siegerehrung eines Jugendturniers des TSV Weyarn.**

eintreten. Das Angebot ist groß, und so schließen sich immer mehr Vereine zusammen, um die Qualität der Jugendarbeit zu verbessern. Die Kooperation des 1. FC Miesbach mit dem TSV Weyarn und die Jugend-Förder-Gemeinschaft (JFG) Miesbacher Oberland, die aus dem ASV Miesbach und dem SV Parsberg besteht, sind die Vorreiter. Man will dem Nachwuchs etwas Besonderes bieten. Turniere und Spiele gegen Nachwuchsmannschaften von Bundesligisten, Trainingslager von qualifizierten Trainern und Pädagogen sowie Unterstützung bei schulischen Problemen, haben sich die Clubs auf die Fahnen geschrieben.

Auch auf der Ebene der Gemeinden legt man großen Wert darauf, den Nachwuchs bereits frühzeitig einzubinden. So können sich die Heranwachsenden beispielsweise im Arbeitskreis Jugend der Gemeinde Weyarn selbst verwirklichen und erhalten die entsprechende finanzielle Unterstützung für ihre Projekte. So sind in den letzten Jahren der Skater-Platz oder die Kletterwand an der Mittelschule entstanden.

Die SPD steht dafür, die Jugendförderung auf allen Ebenen voranzutreiben. Die Jugend will gefördert und gefordert werden – sie wird es eines Tages mit ehrenamtlichem Engagement danken. ts

## Asylpolitik

Wer hilft uns  
bei der Hilfe?

**„Flüchtlinge und die sie aufnehmenden Kommunen werden alleine gelassen“, so eine bittere Bilanz der SPD-Kreisrätin Christine Negele. Obwohl seit Jahren bekannt ist, dass der Flüchtlingsstrom nach Europa zunimmt, haben weder die Bundesregierung noch die Staatsregierung ein Konzept zur Asylpolitik entwickelt.**

In der Folge werden die hilfesuchenden Menschen über die Bezirksregierungen auf die Landkreise und von diesen auf die Gemeinden verteilt. Eine fachliche Betreuung wird aber bisher nur in den wenigen Gemeinschaftsunterkünften, wie bei uns in der Stadt Miesbach, finanziert. Man setzt auf die Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung und auf das Engagement der Kirchen und ihrer ehrenamtlichen HelferInnen. Das alles ist in unserem Landkreis vor-



**Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber der Regierung von Oberbayern in Miesbach.**

handen, aber die Mitglieder des „Netzwerk International“ sprechen zunehmend von einer Überforderung.

■ Willkommenskultur  
setzt Wissen voraus

Um die Aufnahme der Asylbewerber in unsere Dörfer und deren Vereine leisten zu können, brauchen die Bür-

gerInnen Informationen über die ankommenden Menschen. Die Asylbewerber – oft Akademiker – brauchen aber auch Informationen über unsere Kultur, über die Regeln in unserer Gesellschaft. Dafür, aber auch um sich anbahnende Konflikte in den Unterkünften frühzeitig entschärfen zu können, muss eine Betreuung an allen Orten gewährleistet sein.

Die Staatsregierung hat nun beschlossen, die Betreuung der dezentralen Unterkünfte mit einer Sozialarbeiterstelle pro 150 Flüchtlinge zu fördern. Sie stellt dafür bis zu 66 Prozent der Personalkosten in Aussicht. Die restlichen Personalkosten, aber auch die Sachkosten (wie z.B. Fahrtkosten) bleiben mal wieder bei den Kommunen hängen. Weder AWO noch ein anderer Trägerverein kann so ein Defizit stemmen. Dieser neuerlichen Beruhigungspille stellt die SPD das Konzept einer anderen Flüchtlingspolitik entgegen: kürzere Bearbeitungszeiten, Geld- statt Sachleistungen in der Versorgung und gute Integrationsangebote.

Der Bundestagsabgeordnete einmal ganz privat

## Erholung? Im Garten und beim Bergwandern

Als Politiker kennt man ihn nicht nur im Land- und im Wahlkreis: Er ist auch bundesweit bekannt. Spätestens, seit Klaus Barthel den Bundesvorsitz der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) übernommen hat, ist er auch in Talkrunden gern gesehener Gast. Doch wie ist er privat? Krimi-Autor Stefan König hat ihn porträtiert.



Zuerst einmal ist ein Stab zu brechen für all jene Politiker – egal welcher Couleur – die ihre aufreibende Arbeit ernst nehmen, zwischen Berlin und Wahlkreis pendeln und eben auch dort, in den Nebenzimmern der Wirtshäuser, in Seminarräumen der Gewerkschaften, bei Vereinen und Betrieben ihre Politik vertreten.

### ■ Als „Abwechler“ hat er schließlich Recht behalten

Genau so einer ist Klaus Barthel – ein Politiker durch und durch, der sich nicht verbiegen oder vor einen Karren spannen lässt. Vor Jahren galt er als „Abwechler“, weil er die unnötigen Härten der Agenda-Politik und die Kurzsichtigkeit von Deregulierung und Privatisierungen nicht mitzutragen bereit war. So schlimm das ist: Die Finanzkrise in Deutschland und danach die Wirtschaftskrisen in mehreren europäischen Ländern haben ihm Recht gegeben... Barthel ist ein unermüdlicher „Kämpfer“ für soziale Gerechtigkeit, für Chancengleichheit, für eine gute Zukunft der nächsten Generationen – in Deutschland wie in Europa.

### ■ Viel Freizeit hat ein Berufspolitiker nicht

Aber ich merke schon, ich bin dabei, das Thema zu verfehlen. Es geht an dieser Stelle einmal nicht um den Politiker Barthel, sondern um den privaten Klaus...

Viel Freizeit hat ein Bundespolitiker wie Klaus Barthel nicht. Schon gar nicht, wenn er daneben auch noch Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

und schon daher zwischen Flensburg und Berchtesgaden, Frankfurt am Main und Frankfurt an der Oder gern gehörter Gesprächspartner ist. Diese wenige Freizeit verbringt Klaus – und ich darf ihn nach mehr als 20-jähriger Freundschaft so nennen – vorwiegend draußen. Er ist, was Viele allein schon wegen seiner Alpeninitiative „Mit links bergauf“ wissen, ein leidenschaftlicher Bergwanderer. Es darf auch mal eine längere Tour sein oder ein Klettersteig.

### ■ Bergwandern in den Bayerischen Voralpen

Geografisch gelten seine Vorlieben seiner unmittelbaren Heimatregion – er lebt in Kochel am See direkt am Fuß der Berge. Zwischen Garmisch-Partenkirchen und dem Wendelstein gibt es nicht allzu viele Wege, Hütten und Gipfel, die der mittlerweile 57-Jährige

nicht schon gegangen wäre und erwandert hätte. Und dann ist da noch das Salzkammergut, wo man ihn zur Urlaubszeit antreffen kann, mal gemütlich an den herrlichen Seen, mal ganz schön hochalpin – und vor allem zum Abschalten.

### ■ Ein ausgefülltes Leben für die Politik

Die meisten kennen Klaus Barthel als einen Menschen, der für die Politik lebt. Oder sollte man besser sagen, dafür, dass die Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft stimmen. Dass Gerechtigkeit und Chancengleichheit herrschen und dass politische Entscheidungen dem Frieden dienen. Er ist beseelt von seiner Aufgabe – so



Die Stunden im Garten sind für ihn Genuss und Entspannung.

schwierig sie auch oft ist. Sie ist ihm nie Last, sondern immer Berufung. Auch wenn dadurch so wenig Zeit bleibt für das Privatleben, für die Berge, für die Fahrradrunde, einfach für ziemlich vieles, was unsereins als Freizeit kennt und was er nicht mit Politik vermischen und öffentlich ausbreiten will.

### ■ Keine Frage: Barthel hat einen „grünen Daumen“

Für mich hat sich oft die Frage gestellt, wie Klaus die Dauerbelastung gesundheitlich unbeschadet durchsteht, wann und wie er entspannt und Kräfte tankt. Irgendwann habe ich die Antwort gefunden: Sie liegt in seinem nach Südwesten ausgerichteten Hausgarten in Kochel. Man muss ihn erleben, wenn er an einem freien Sonntag hier daheim ist, in kurzer Hose und oft mit nacktem Oberkörper die Rosen, die Lilien, die üppige Glyznie inspiziert, hier ein Eckchen umgräbt, dort Neues pflanzt oder dem Besucher ein Wurzelstück absticht. Da ist er dann ganz bei sich, ruhig, gelassen, glücklich – und all die Blumen scheinen nur aus dem einen Grund zu blühen, weil es sich dieser sonst so ruhelos aktive Klaus Barthel wirklich verdient hat.

Das Oberland ist reich - aber auch teuer ...

## Die Region braucht die neue soziale Balance

Der Bundestagswahlkreis Starnberg gehört zu den reichsten Regionen Deutschlands. Im Durchschnitt. Und zu den teuersten! Nur wenn es gelingt, die Lebenshaltungskosten zu begrenzen, die Infrastruktur weiterzuentwickeln und die Kaufkraft aller Bevölkerungsschichten zu sichern, haben auch Landwirtschaft, Handwerk und Selbständige auf die Dauer eine Chance.

Überfüllte Züge, verstopfte Straßen, fehlende Kinderbetreuungsplätze, kaum noch bezahlbarer Wohnraum kennzeichnen den Alltag in der Region. Konservative Landes- und Kommunalpolitiker haben so ziemlich alles verschlafen, was zu verschlafen war.

### ■ Selbstzufriedenheit ist das Gegenteil einer Antwort

Das dynamische München hat ihnen lange Zeit das Denken und Handeln abgenommen. Und sozialdemokratisches Handeln im Bund: Ohne lockende Zuschüsse gäbe es bis

heute kaum Kinderbetreuung, Ganztagschule, Gebäudesanierung. Ohne die Rettung der Gewerbesteuer wären die Kommunen längst pleite. Ohne die beiden Konjunkturprogramme von 2008 würden noch mehr Bahnhöfe und Schlaglochpisten verrotten.

Dort, wo man selbst gefordert war, z.B. bei der S-7-Verlängerung nach Geretsried, beim Starnberger Tunnel, bei der Bahnstrecke München-Tutzinger-Garmisch, bei den Schulen im Landkreis Miesbach, da wurde und wird gewartet, bis es nicht mehr geht. Statt das Geld, das für den Transrapid und Olympia angeblich in Milliardenhöhe da war, in sinnvolle Projekte



Der schöne Schein trägt. Für Viele ist das Leben hier kaum noch bezahlbar.

umzuleiten, herrscht Planungs- und Finanzierungschaos.

### ■ Überall Planungs- und Finanzchaos

Jüngstes Beispiel: Die CSU propagiert, natürlich ohne jede Finanzierung, den Tunnel in Starnberg, und zwar sofort; die FDP ist dagegen. Beide mit Landes- und Bundesministern an der Spitze. Die Wählerverarsche ist perfekt: Wer dafür ist, soll CSU wählen, wer dagegen ist FDP. Zusammen wollen sie dann eine neue Koalitionsmehrheit bekommen, in Land und Bund. Und dann?

### ■ Prioritäten anders setzen

Der Staat muss handlungsfähig bleiben, politisch wie finanziell. Deshalb fordert die SPD auch einen höheren Steuerbeitrag von den oberen fünf Prozent. Das hilft aber auch der Wirtschaft in der Region. Ebenso, wie eine Mietpreisbremse, höhere Löhne und ein besseres soziales Netz die Existenz von Einzelhandel, Handwerk und regionalen Dienstleistern sichern.



So oft es der Zeitplan zulässt, zieht es Klaus Barthel zum Wandern in die Berge.

## Aufgeschnappt:

## Holt sie von der Wolke runter!



„Nur weil Deutschland eine andere Sicht hat, wird das Big Data und die Cloud nicht aufhalten“ – aufgeschnappt bei Christian Illek, Deutschland-Chef von Microsoft. Auf gut deutsch meint der Herr von Microsoft zur NSA-Datensammel-Affäre nichts anderes, als dass seine Firma und die US-Behörden mit unseren Daten tun und lassen können, was sie wollen. Und CSU-Innenminister Friedrich rechtfertigt das dann mit dem Super-Grundrecht Sicherheit. Nur am Rande gefragt: Wo steht davon was im Grundgesetz?

Im Kern geht es aber mal wieder um die Frage, ob unter der Überschrift „Globalisierung“ eigentlich alles erlaubt ist – einfach als Recht des Stärkeren?

Mag sein, dass einige in den USA für die Todesstrafe, den Waffenbesitz und gegen die gesetzliche Krankenversicherung sind, während sie gleichzeitig ein gebrochenes Verhältnis zur Privatsphäre und zum Datenschutz haben. Das darf aber eine deutsche Bundesregierung und eine Europäische Union nicht daran hindern, die Rechte ihrer Bürger und die eigenen Rechts- und Wertesysteme zu schützen. Jedenfalls: Ein Freihandelsabkommen ohne gleiche Augenhöhe und mit Partnern ohne jeden Respekt vor den Grundrechten anderer kann es nicht geben.

Man müsste mal handeln, Frau Kanzlerin!

Ihr

Klaus Barthel

## Impressum

Seiten 3 bis 6 und 8

Verantwortlich für den Inhalt der Seiten 3 bis 6 und 8 zur Bundestagswahl (V.i.S.d.P.):

**Klaus Barthel, MdB**

Wahlkreisbüro  
Wallenburger Straße 12, 83714 Miesbach

## Redaktion:

Klaus Barthel, Gertrud Fetzter-Wennigatz, Roland Fischer, Hans Gärtner, Stefan König, Fabian v. Xylander.

## Layout:

Hans Gärtner, Edelweißstraße 11,  
82515 Wolfratshausen

## Druck:

Allgäuer Zeitungsverlag GmbH  
Heisingerstr. 14  
87437 Kempten



## Wie lange sollen die „kleinen Leute“ noch die Zeche zahlen?

## Soziale Gerechtigkeit jetzt!

Vor der Wahl wird alles schönge-redet. Die Steuereinnahmen seien hoch, hört man. Die Arbeitsmarktdaten seien gut, liest man. Beste Aussichten wohin man schaut. Von Krise kann gar keine Rede sein... Und viele Medien machen mit. Glauben Sie auch, dass nicht gehandelt werden muss? Dass es nicht allerhöchste Zeit ist?

Mehr Werkverträge als Ersatz für tariflich verbesserte Leiharbeit, Befristungen en Masse, Minijobs, Praktika: Wenn alles so rosig wäre, wie von interessierter Seite behauptet, warum brauchen dann viele Betriebe diesen Druck auf ihre Beschäftigten? Ist es die pure Gier – oder doch die Angst?

### ■ Lieblingswort der Koalition: Niedriglohnsektor...

Wenn jeder vierte Arbeitsplatz im Niedriglohnsektor liegt (und da sind die „normal“ Verdienenden in unserer Region, die sich das Leben hier kaum noch leisten können, nicht eingerechnet), kann mit unserem sozialen Gefüge irgendetwas nicht stimmen. Zumal wir gleichzeitig wissen, dass Geld in Massen vorhanden ist. Nur an der falschen Stelle.

„Während die eine Hälfte unserer Gesellschaft so gut wie nichts besitzt, konzentriert sich das Vermögen in immer weniger Händen und vermehrt



Wöchentlicher Flohmarkt, Samstags im Gewerbegebiet Wolfratshausen: Viele handeln und tauschen hier zum Spaß. Immer mehr Menschen sitzen dort aber den ganzen Tag für ein paar Euro Zubrot zum Einkommen, das hinten und vorne nicht reicht. Manche sind Hartz-IV-Aufstocker, andere stellen aus Scham gar keinen Antrag ...

sich dort im Eiltempo“, sagt der Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel.

### ■ Unsere Volkswirtschaft wird auf Verschleiß gefahren

„Dieses riesige Gerechtigkeitsproblem – handelt es sich doch um Werte, die aus Arbeit von Zig-Millionen Menschen entstanden sind – wird bisher damit gerechtfertigt, dass aus diesen Großvermögen schließlich die Investitionen in die Arbeitsplätze von morgen kommen. Leider stimmt das immer weniger: Sowohl im Vergleich zu früheren Zeiten als auch zu anderen Ländern liegen die Investitionen

in Deutschland alarmierend niedrig.“ Als Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) weiß Klaus Barthel nur zu gut, wovon er spricht. Und er sieht dringenden Handlungsbedarf, durch öffentliche Investitionen und Anreize, z.B. für Verkehr, Energie, Gebäudesanierung und durch mehr private Nachfrage aus dem Inland, das Investitionsgeschehen wieder in Gang zu bringen.

„Das Geschehen auf den Finanzmärkten hat mit Leistung wenig zu tun. Das muss auch die Steuerpolitik berücksichtigen.“

## Wahlen am 15. und 22. September: Wer entscheidet hier eigentlich?

## Die Strafe der Nichtwähler ...

... trifft immer die Falschen. Viele Bürgerinnen und Bürger meinen – nicht ganz zu Unrecht –, dass ohnehin Banken, Spekulanten, Bürokraten und Datensammler zu viel Macht haben. Die brauchen aber keine Wählerstimmen, um mächtig zu sein. Das große Geld reicht denen. Politiker, die diesem Treiben Grenzen setzen wollen, brauchen aber Ihre Unterstützung.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Können wir an diesen Programmsatz aus unserem Grundgesetz wirklich noch glauben? Der Umgang mit den Auswirkungen der Finanzmarktkrise in Europa, das dröhnende Schweigen der Bundesregierung zur US-Daten-Vollüberwachung, die Erpressungsversuche der Energiekonzerne mit Preisen und Investitionsstreik, die Ablehnung des Verbotes der Abgeordnetenbestechung durch Schwarz-Gelb im Bundestag: Wo leben wir eigentlich?

Und dann kommen noch die Umfragen mit entsprechender medialer Aufbereitung. Motto: Es ist eh alles ge-



Qual der Wah? Wer wählt, nutzt bei den Landtags- und Bundestagswahlen zumindest seine Chance, über die Zukunft mitzubestimmen.

laufen. Merken Sie es? Da sind manche unterwegs, die wollen Ihnen weismachen, dass es auf Sie, auf ihre Meinung, auf Ihre Stimme bei den Wahlen gar nicht mehr ankommt.

### ■ Demokraten können sich das nicht gefallen lassen

Da gibt es viele Bemühungen, von den Inhalten abzulenken. In der Sache

wissen wir: Die große Mehrheit der Deutschen ist für den gesetzlichen Mindestlohn, für die Bürgerversicherung, für gerechtere Steuern, gegen das Betreuungsgeld, gegen die Geldpumpe der Frau Merkel vom Steuerzahler zu den Banken, für bessere Kinderbetreuung und Bildung, für Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, für eine geordnete und langfristige angelegte Energiewende ohne Abzockerei.

Komisch ist nur: Wenn die Kommentatoren und Umfragen recht haben, gibt es dafür derzeit keine Mehrheiten in Landtag und Bundestag. Aber wie sagt doch das Grundgesetz Artikel 20 weiter zur Staatsgewalt: „Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt.“

### ■ Es geht um wichtige Sachentscheidungen

Wer auf diese Macht verzichtet, lässt andere entscheiden. Sie selbst haben es also mit in der Hand, ob Mehrheit auch Mehrheit ist.

Klaus Barthels bundespolitischer Blick auf das Thema Pflege

# „Da kommt eine Herkulesaufgabe auf uns zu!“

Eigentlich wissen wir es: Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen steigt. Die Kosten steigen. Wir haben zu wenig Personal, das auch noch schlecht bezahlt wird. Pflegende Angehörige sind oft überfordert. Die Regierung scheut unangenehme Wahrheiten. Und gern verdrängt: Die Folgen dessen können jeden von uns treffen...



Wir alle wollen möglichst lange ein selbständiges Leben führen. Wie geht es aber weiter, wenn wir einmal auf Hilfe und Pflege angewiesen sind? Die Zahl pflegebedürftiger Menschen wird im Jahr 2030 bei über drei Millionen liegen.

Demografischer Wandel, Pflege-notstand, Finanzierungspässe – Schlagworte in vielen Reden und Schriften zu den gesellschaftlichen Problemen der Zukunft. Wenn es aber darum geht, konkrete Lösungen anzubieten, bleibt es oft bei Formeln. Sehr schnell landet man dann bei Eigenvorsorge, Ehrenamt und Warnungen vor der Überforderung des Sozialstaates. Und schon ist die Politik das Problem los und hat es auf den Einzelnen abgeschoben.

■ „Es muss jetzt wirklich schnell gehandelt werden!“

Es geht aber nicht um ein Einzelproblem, sondern um eine der gesellschaftlich relevanten Zukunftsfragen schlechthin. „Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird im Jahr 2030 mit über drei Millionen fast doppelt so hoch liegen wie bei Einführung der Pflegeversicherung 1995“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel. Und er fügt

hinzu: „Dahinter steht eine mindestens ebenso große Zahl an Pflegenden, also Angehörige, ambulante Pflegedienste und Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen.“

Barthel ist sich der riesigen Herausforderung, die auf Politik und Gesellschaft zukommt voll bewusst, mahnt daher auch, dass „die Zeit des Wegduckens und Aussitzens endlich vorbei sein“ müsse. „Ohne ein Umdenken in der Gesellschaft, ohne starkes Zusammenwirken von Trägervereinen, Verbänden, Kommunen und ohne eine Verbesserung der Gesamtinfrastruktur werden die gewaltigen Aufgaben nicht zu lösen sein.“ Und über allem

steht laut Barthel die gesamtstaatliche Verantwortung und Finanzierung. „Was ein Herr Bahr da macht, ist bar jeglicher Weitsicht...“

■ „Bessere Ausbildung, mehr Fachkräfte“

Die bereits mehrfach überarbeitete Pflegeversicherung ist an sich ein Erfolg, bedarf aber dringend einer Weiterentwicklung. Der Fast-Stillstand der letzten vier Jahre, mit dem „Pflege-Bahr“ als neuer Subvention für die Versicherungskonzerne, jedoch ohne Nutzen für die Versicherten und Verbesserungen für Demenzkranke, muss schnell überwunden werden.

„Wir brauchen dringend eine Reform des Begriffs Pflegebedürftigkeit, des weiteren eine wohnortnahe Beratung und Infrastruktur, unter anderem Pflegestützpunkte, und, was mir ganz wichtig ist, mehr Unterstützung für pflegende Angehörige. Darüber hinaus bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für das Pflegepersonal, um nur einige Stichworte aus dem Konzept der SPD-Bundestagsfraktion zu nennen.“ Besonders liegt der SPD eine bundesweite Reform der Ausbildung von Fachkräften in allen Pflegeberufen am Herzen, die nach dem Dualen System ohne hohe Zugangshürden auskommt, Wege zur Weiterqualifizierung eröffnet und eine saubere Finanzierung der Aus- und Weiterbildung garantiert.

■ „Menschenwürdige Pflege ist finanzierbar!“

Gute Pflege gibt es nicht zum Null-Tarif. Die SPD im Bundestag will hier das Modell der Bürgerversicherung wie in der Krankenversicherung anwenden: paritätische Arbeitgeber-/Arbeitnehmerbeiträge, Einbeziehung aller Einkommen. Das würde sehr moderate Beiträge ermöglichen. „Selbst dann, wenn die Pflegeversicherung von einer Teilkasko- zu einer Vollversicherung ausgebaut werden sollte.“

Vier weitere Jahre Schwarz-Gelb sind zu viel

**Löhne:** Die derzeitige Bundesregierung begrüßt im Armuts- und Reichtumsbericht das Sinken der Reallöhne für vier Fünftel der Arbeitnehmer als „Ausdruck struktureller Verbesserungen“ auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb sind keinerlei wirksame Maßnahmen geplant, um die Einkommen für die Mehrheit der Bevölkerung anzuheben. Dafür gibt es maximalen Schutz für die Vermögen von Superreichen.

**Arbeitswelt:** Handlungsunfähigkeit und -unwilligkeit angesichts Lohndiskriminierung von Frauen (- 22%), Leiharbeit, Werkverträgen, Praktika, Befristungen. Dies sei Aufgabe der Tarifparteien, so das gemeinsame Unions-Wahlprogramm; keine gesetzlichen Änderungen vorgesehen.

**Altersarmut:** Nichts getan außer gestritten. Beitrag zur Gesetzlichen Rentenversicherung gesenkt, damit auch den Bundeszuschuss. Folge zwangsläufig: Renten sinken weiter. Kassen geplündert, System geschwächt. Die Ankündigungen aus den Reihen der Union, Rentenleistungen an einzelnen Stellen zu verbessern, sind alle nicht gegenfinanziert.

**Europa:** „Europa spricht deutsch“, so Unions-Fraktionschef Kauder. Die Tatsachen: Rekord-Arbeitslosigkeit mit 26 Millionen betroffenen Menschen in Europa, davon 6 Millionen Jugendarbeitslose. Merkels Politik verschärft die Euro-Krise: Staatsschulden wachsen erst recht, Übergreifen auf Deutschland immer wahrscheinlicher, Schuldenunion längst eingeführt, Gipfel in Serie ohne Ergebnisse, Wahrheiten vor der Wahl vertuscht.

**Energiewende:** Regierung überfordert, Investitionen blockiert. Steigende Verbraucherpreise obwohl Erzeugerpreise sinken. Einerseits will man bauen was nur geht: Netze, Kohle, Pumpspeicher, Windräder usw... Andererseits fehlt bundesweit jede koordinierte Planung, so dass die Rahmenbedingungen völlig unklar bleiben: Einspeisevergütungen für Erneuerbare Energien, aber überzogene Abstandsregeln für Windräder usw., usw.

Warum Peer Steinbrück Kanzler werden muss:

■ Gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn ab Februar 2014, anfangs 8,50€, regelmäßig anzupassen. Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern, damit wieder mehr Beschäftigte unter deren Schutz kommen und das Lohngefüge auch deutlich oberhalb des Mindestlohns stabilisiert wird.

■ Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt: Missbrauch von Leiharbeit, von Praktikum und Werkvertrag gesetzlich ausschließen; Rechte der Betriebsräte stärken; sachgrundlose Befristung abschaffen; gleichen Lohn bei gleicher Arbeit für Frauen und Männer sowie für gleiche Arbeit am gleichen Ort (also auch bei Leiharbeit) durchsetzen; Hartz IV korrigieren. Neues umfassendes Programm für eine menschlichere und gesündere Arbeitswelt.

■ SPD hat gerechnetes Rentenkonzept: Rentenniveau nicht weiter sinken lassen; nach 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei mit 63 in Rente; Aussetzen der Rente mit 67; Verbesserungen bei Erwerbsminderung; Solidarrente oberhalb der Grundsicherung bei 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahren; „Mütterrente“ für Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren sind, anheben. Finanzierung: Verbesserungen bei Löhnen (siehe oben), Verzicht auf Beitragsenkungen, vorgezogene moderate Beitragserhöhungen, Staatszuschuss für beitragsfremde Leistungen.

■ Regulierung der Finanzmärkte, Finanztransaktionssteuer verbindlich in der ganzen EU, Wachstumsimpulse vor allem durch Investitionen, die ganz Europa nutzen; echte „Jugendgarantie“. Finanzierung: wirksame Besteuerung von großen Geldvermögen und Großkonzernen in der gesamten EU, Austrocknen von Steueroasen. Schluss mit dem Abladen der Krisenfolgen bei den kleinen Leuten.

■ Energiewende mit „Masterplan“ systematisch fortsetzen, Kommunen und dezentrale Versorgung stärken, Investitionen durch Anreize, Bürgerfonds und staatliche Beteiligungen auf den Weg bringen, Energieplanung und Potenzialanalyse für Bayern (Teil der Landesentwicklungsplanung), Bürger von Anfang an einbeziehen.

## Klaus Barthel über Fehler und Versäumnisse bei der Energiewende

## „Energiewende in Wildwest-Manier...“

Die letzten vier Jahre waren energiepolitisch eine Katastrophe. Erst der Wiedereinstieg in die Atomenergie, dann der chaotische Wiederaufstieg. Seitdem viele Gipfel, viele Projekte, aber niemand weiß, wie es weitergeht. Die Freunde des alten Systems scheinen ihre Chance zu wittern, die erneuerbaren Energien an die Wand zu fahren.

## In letzter Zeit scheint die Energiewende in Misskredit geraten zu sein. Woran liegt das?

Barthel: Die Energiewende ist derzeit an allem schuld. An steigenden Strompreisen, an riesigen Stromleitungsprojekten, an absurden Planungen für Speicherinstallationen in den Voralpen wie am Jochberg, an der Angst vieler Bürger, ein Windrad in den Vorgarten gesetzt zu bekommen. Man könnte meinen, da sind einige unterwegs, die alles tun, um die Mehrheit der Menschen gezielt gegen Klimaschutz und AKW-Abschaltung aufzubringen.

## Wie kann man dem von politischer Seite entgegen steuern?

Barthel: Der Umbau des gesamten Energiesystems in Deutschland ist zugegebenermaßen ein bisher einmaliges und ehrgeiziges Projekt. Die wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Grundlagen sind aber vorhanden. Was fehlt, ist ein bundesweites politisches Gesamtkonzept.

Nicht ganz ernst gemeint:

## Die beliebte Rubrik Kleinanzeigen

## Gelegenheiten:

**Idylle am Berg:** Für den in Planung befindlichen Pumpspeichersee unterm Jochberggipfel werden engagierte Pächter gesucht. Zu vergeben sind ein erstklassig gelegener Gastronomiebetrieb mit Seeterrasse, ein Tretbootverleih und eine Surfschule. Aussagekräftige Bewerbungen an die Energieallianz Bayern oder direkt an Landrat Niedermaier im Landratsamt Bad Tölz.

## Ankauf – Verkauf:

**Pofalla-II-Smartphone** Die neue Generation. Absolut abhörsicher und mit NSA-Firewall versehen. Der Hersteller garantiert für alles und weiß von nichts. Erhältlich unter [www.shop.cdu.de](http://www.shop.cdu.de)

**Seehofers Autobiographie:** „Ich bin das Gegenteil von mir. Gesammelte Widersprüche“. 3 Bände, ü. 1.000 Seiten. Kostentl. nachgeworfen. Chiffre: Staatsknzl.



Klaus Barthel diskutiert bei einer Wanderung auf den Jochberg mit interessierten Bürgern über das geplante Pumpspeicherwerk und die Energiewende.

## Davon scheinen wir aber im Augenblick weit entfernt zu sein...

Barthel: Genau. Stattdessen Aktionismus und Profitorientierung überall. Doch es macht keinen Sinn, gleichzeitig riesige Kapazitäten an Leitungen, Solarstromprojekten in der Wüste, Windparks ohne Leitungsanschluss in der Nordsee und Selbstversorgungspläne in jeder Kommune aufzubauen. Und dann kommt noch Seehofer und will aus Wahltaktik Abstandsregeln für Windräder, die den Bau in weiten Teilen Bayerns ausschließen. Nicht zu vergessen schwarze Landratsämter, die zwar jedes Landschaftsschutzgebiet für Gewerbebauten opfern, aber Solardächer für eine ästhetische Todsünde halten.

## Jetzt haben wir die Probleme benannt. Doch wie wollen Sie und die SPD-Bundestagsfraktion diese Probleme in den Griff bekommen?

Barthel: Wir fordern einen „Masterplan“, der alle Akteure an einen Tisch bringt, Erzeuger, Verteiler wie Verbraucher, und unter Führung einer neuen Bundesregierung ein verbindliches Konzept erstellt. Dies muss in einem „Monitoring“ jährlich überprüft werden. Am Anfang eines solchen Konzepts hat natürlich auch die

Frage nach Einsparung und Effizienz zu stehen, die größte und beste Energiequelle. Wir wollen die Kommunen unterstützen, auch in Verbänden, wieder mehr Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Die Fehler der Privatisierung der Energiewirtschaft – Beispiel Bayernwerk – werden wir durch staatliches Eingreifen dort korrigieren, wo wir es mit Investitionsblockaden der Konzerne zu tun haben.

## Und die nächsten Schritte?

Barthel: Schauen Sie, Schwarz-Gelb hat einen Selbstbedienungsladen organisiert. Wer irgendwas investiert, ob sinnvoll oder nicht, kriegt eine ordentliche Vergütung. Wer viel verbraucht, kriegt Rabatt. Wir werden die notwendigen Ausnahmen bei der EEG-Umlage überprüfen, die Einspeisevergütungen reformieren und reduzieren sowie die Stromsteuer senken.

## Herr Barthel, Sie klingen gleichermaßen nachdenklich wie optimistisch...

Barthel: Die Energiewende ist eine große Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Mit Merkel'schem Aussetzen und sogenannten Klimagipfeln kommen wir nicht weiter. Es braucht eine verantwortungsvolle Politik, die jetzt die Rahmenbedingungen schafft!

## Gesucht – Gefunden:

**2 Milliarden € suchen dringend Abnehmer, möglichst vor der Bundestagswahl.** Einzige Voraussetzung: Kleinstkind, das Kita-Allergie hat. Wenn wir das Geld so nicht losbringen, geben wir es lieber den irischen Banken, sonst müssten wir ja Betreuungsangebote schaffen... Da könnten Sie ja gleich die Sozen wählen. Also bitte, bitte, melden beim Fräulein Christina Sch.

**Leica-Kamera,** Neuwert 6.000 €, steuerfinanziert, wenig genutzt, umständehalber zu verschenken. Interessenten wenden sich an die Verwaltung des Bayerischen Landtages, am besten direkt an Frau Stamm. Kennwort: Foto-König-MdL.

## Verkehr in der Region

## MVV plant Ausdehnung

Viele Jahre später, aber doch, greift der Münchener Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) den SPD-Vorschlag einer Ausdehnung, möglichst auf ganz Oberbayern, auf. Damit könnte nicht nur das Tarifchaos außerhalb des stadtnahen Bereichs beendet werden (DB, RVO, BOB, Stadtverkehre usw.), sondern es könnten auch neue Angebote, bessere Verzahnung und Qualität auf den Weg gebracht werden. Eine sozialdemokratisch geführte Regionalpolitik könnte alle an einen Tisch bringen, damit es – nach alter CSU-Lesart – nicht nur von Olympia 2022 abhängt...

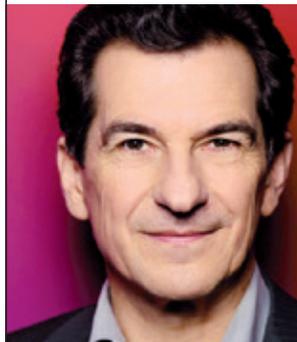
## Koalitionsspiele der bayerischen Staatsregierung

Die FDP gegen den Tunnel in Starnberg, die CSU dafür, so das schwarz-gelbe Koalitionsangebot in München und Berlin. Achtung Wähler aus Starnberg und Umgebung: für jeden was dabei! Jeder dieser Koalitionäre wird glaubwürdig für sein Ziel kämpfen. Beide Seiten betonen auch: Finanzierung längst geklärt. Ein Tunnel als Symbol für Stillstand, wie bei vielen anderen Problemen.

## S 7-Verlängerung: Schwarzer „Humor“ vom Feinsten

Die Verlängerung der S 7 nach Geretsried liefert seit Jahren schwarze Realsatire in Bestform – Fortsetzung garantiert. In Wolfratshausen dagegen, in Geretsried dafür – wählen Sie CSU, damit Sie immer wissen, woran Sie sind! Während Seehofer seine Standpunkte ständig ändert, haben die CSU-Filialen im Oberland die politische Ware gleich nach lokalem Gusto im Regal. Wundert sich noch jemand, wie „bürgernah“ das Planungsverfahren läuft – mit Seehofer und Zeil als Bauherren? Ach was – schuld ist doch nur die Bahn, wenn für hundert Millionen Euro am Ende Scharrn gebaut wird!

## ... und überhaupt:



Die SPD hat schon 2012 die Bundesregierung aufgefordert, die Dispozinsen gesetzlich zu begrenzen. Dies wurde am 13.06.13 im Bundestag von CDU/CSU und FDP abgelehnt. Von Schwarz/Gelb haben Banken nichts zu befürchten und Kunden nichts zu erwarten. [www.barthel-spd.de](http://www.barthel-spd.de)

Ihr Bundestagsabgeordneter

**Klaus Barthel**  
Alles was g'recht ist



## Die beste Wahl

## Zwei, denen wir vertrauen können

Thomas Mandl, Landtagskandidat aus Tegernsee, und Betty Mehrer, die Bezirkstagskandidatin aus Weyarn, trafen sich zu einem Gespräch über ihre politischen Hauptanliegen. Was dabei sofort klar wird: Diese Beiden stehen für ehrliche, glaubwürdige und transparente Politik. Keine Frage: Diese beiden muss man wählen!

**Betty Mehrer:** Thomas, was sind Deine Hauptanliegen, um für den Landtag zu kandidieren?

**Thomas Mandl:** Ich will etwas für die Menschen tun. Nicht alles ist Gold, was in Bayern glänzt. Ungleiche Bildungschancen, Energiewende, Mindestlohn, steigende Mieten: Die CSU hat da nichts zu bieten. Ähnliches gilt für das Thema Flächenfraß, das mich besonders beschäftigt. Und was hat Dich bewogen für den Bezirkstag zu kandidieren?

**Betty Mehrer:** Bei meiner Arbeit mit Senioren stoße ich immer wieder auf Probleme, die auch mit dem Bezirk zusammenhängen. Und weil ärgern alleine nicht hilft, habe ich mich entschlossen, auch etwas zu tun – und das geht als Mitglied des Bezirkstages auf alle Fälle besser!

Aber etwas anderes: Du hast vorher vom Flächenfraß gesprochen? Was genau ist damit gemeint?



Mit Thomas Mandl aus Tegernsee und Betty Mehrer aus Weyarn kandidieren erfahrene und besonders glaubwürdige Kommunalpolitiker für Landtag und Bezirkstag.

**Thomas Mandl:** Das wird immer mehr zu einem riesigen Problem. Hier ein Hotel, da ein Gewerbegebiet, alles neu hingestellt auf grünen Wiesen. Für mich haben die innerörtliche Verdichtung und eine effizientere Nutzung von vorhandenen Gebäuden und Baugrund absoluten Vorrang. Besonders Landschaftsschutzgebiete müssen wir besser vor bloßem Kommerz schützen. Und wir müssen wirklich alles dafür tun, unsere schöne Heimat für unsere Kinder zu bewahren.

Doch zurück zu Dir. Du hast gesagt, dass Dich manches ärgert. Was meinst Du damit genau?

**Betty Mehrer:** Zum Beispiel das Ungleichgewicht bei den Pflegelei-

stungen. Ich finde es falsch, dass die häusliche Pflege nicht ausreichend finanziert wird. Da zahlt die Pflegekasse deutlich weniger als für einen stationären Aufenthalt. So bekommt man bei Pflegestufe I nur 215 Euro pro Monat für die Pflege zuhause. Bei Unterbringung im Heim beträgt der Satz 1023 Euro. Gerade im Demenzbereich ist eine Pflege für 215 Euro nicht zu leisten. Hier brauchen die Menschen mehr Unterstützung.

**Thomas Mandl:** Ich sehe schon – da gibt es hier wie dort richtig viel zu tun.

**Betty Mehrer:** Wenn die Menschen uns das Vertrauen schenken, packen wir das auch an.

**Thomas Mandl:** Versprochen.

## Einkaufen im Landkreis

## Nahversorgung: eine liberale Fehlentwicklung!

„Im Alter wird's oft etwas schwer, gibt es im Ort kein Lad'n mehr. Aus Neuhaus hat, was für ein Mist, der Tengelmann sich glatt verpisst.“ (Hans Well anlässlich seines Auftritts in Schliersee im Juni 2013).

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat mit der Zulassung von nunmehr 1.200 qm Verkaufsfläche anstelle der früheren 800 qm die Weichen falsch gestellt. Einkaufsmärkte entstehen auf der grünen Wiese, kleine Orte sind dann ohne Nahversorgung, Innenstädte verwaisen, zusätzlicher Verkehr entsteht.

„Die CSUler betonen in ihren Sonntagsreden selbst immer wieder, dass unsere Dörfer das Gesicht Bayerns prägen“, sagt Hans Well in der Süddeutschen Zeitung. „Jetzt öffnen sie die Schleusen für die architektonische Gleichmacherei.“

Nach der geplanten Errichtung des Edeka-Markts in Miesbach wird es auf den neun Kilometern von der Schlierseer Ortsmitte bis zum Miesbacher Kreisell neun „Großmärkte“ geben. Im



Der Weyarner Dorfladen sichert die örtliche Versorgung mit einem vielfältigen und attraktiven Angebot.

Schatten dieser Zusammenballung an Einkaufsmöglichkeiten liegen kleine Orte wie Neuhaus und Weyarn, deren Bürger mit dieser Situation alleine gelassen werden. Besonders misslich an der Situation von Neuhaus ist, dass sie mit einer vernünftigen Anwendung der Planungshoheit der Gemeinde zu vermeiden gewesen wäre. Es erschien

durchaus möglich, einen fußläufig erreichbaren Tengelmann in Neuhaus zu erhalten, ohne das Projekt eines vergrößerten Marktes in Schliersee in Frage zu stellen.

### ■ Gemeinschaft leben: Dorfladen Weyarn

Ein Erfolgskonzept bei der Nahversorgung ist dagegen der Dorfladen in Weyarn. Als Träger fungiert ein Verein, die Bürger und die Gemeinde haben Anteile gezeichnet und sind so dem Dorfladen mit seinen engagierten Frauen und Männern auch finanziell verbunden. Es gibt dort nicht nur Lebensmittel und Drogerieartikel, auch Blumen, Geschenke und regionale Spezialitäten finden sich im geschmackvoll eingerichteten Laden. Mit viel Engagement überlegt das Dorfladen-Team immer neu, wie es Nischen nutzen und neue Kunden gewinnen kann.

Derzeit wird das Gebäude, in dem sich der Laden bisher befand, saniert, danach zieht der Dorfladen wieder in die Dorfmitte um. Es geht auch so!

## Zweitstimme nutzen!

Wir bitten Sie bei der Wahl am 15. September um Ihre Zweitstimme. Wir, das sind...

### Franz Josef Amann Landtagsliste Platz 37

Geb. in München, 63 Jahre alt, verh., 3 Kinder, Diplom-Volkswirt, Regierungsdirektor i. R., 1972 – 1977 Gemeinderat Germering, Umzug 1977 nach Schliersee, Sprecher der Bürgerinitiative „Landschaftsschutzgebiet Schliersberg, Schliersee“, Gründer des Netzwerks „Natur, Landschaft und Umwelt“ im Landkreis Miesbach, Vorsitzender des Vereins „Hilfe für Gustl Mollath“.



### Max Ruf Bezirkstagsliste Platz 42

50 Jahre, verh., 2 Kinder, Dipl. Sozialpädagoge. Als Fachabteilungsleiter Altenhilfe bei der AWO Oberbayern und Ihr Bezirkstagskandidat setze ich mich dafür ein, dass in Bayern trotz des Wohlstands diejenigen nicht vergessen werden, die davon nicht profitieren können. Die Stärke und Qualität einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit Schwächeren umgeht. Näheres: [www.spd-otterfing.de](http://www.spd-otterfing.de)



### Christine Negele Bezirkstagsliste Platz 43

Ich bin: 55 Jahre, 2 erwachsene Kinder, evangelisch, leitende Sozialpädagogin in einer psychosomatischen Akutklinik, engagiert in Kirche, SPD, AWO, Betriebsratsvorsitzende, Kreisrätin. Ich kann: Menschen in akuten Notsituationen helfen, aber die Ursachen für ihre Probleme nicht als gegeben akzeptieren. Ich will: Mein Fachwissen im Bezirkstag einbringen.



### Heinz Oesterle Bezirkstagsliste Platz 46

Geb. 1949, Dipl.-Wirtschaftsing., verh., 3 erwachsene Kinder, wohnhaft in Feldkirchen-Westerham. Seit 20 Jahren Gemeinderat, Vorsitz Rechnungsprüfungsausschuss. Ehrenamtl. Geschäftsführer Bürgersolar Feldkirchen-Westerham & Weyarn. SPD Mitglied seit 1970, stellv. Vorsitzender Bezirk Oberbayern der SPD AG 60plus. Näheres: [www.spd-feldkirchen-westerham.de](http://www.spd-feldkirchen-westerham.de)



# So zählen Ihre Stimmen für die SPD

## Bei der Landtagswahl am 15. September

Bei der Landtagswahl haben Sie zwei Stimmen zu vergeben. Mit der **Erststimme** können Sie **Thomas Mandl**, den SPD-Kandidaten unseres Stimmkreises, direkt in den Landtag wählen. Mit Ihrer Zweitstimme können Sie einer weiteren Kandidatin oder einem Kandidaten aus der Liste der oberbayerischen SPD ihre Stimme geben.

**Ganz wichtig:** Beide Stimmen entscheiden über die Sitzverteilung im künftigen Landtag. Nur wenn **beide Stimmen an die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD** gehen, sorgen Sie für eine starke SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag. So wahren Sie am besten die Chancen für einen Regierungswechsel in Bayern mit Christian Ude als Ministerpräsidenten.

Mit Ihrer Erststimme am 15. September

unseren

**Thomas Mandl**

in den Landtag



Am 15. September wählen Sie auch den oberbayerischen Bezirkstag. In diesem Parlament fallen wichtige Entscheidungen, die jede und jeden von uns samt unseren Familien betreffen können.



Unsere Bezirkstagskandidatin Betty Mehrer hat in der Kommunalpolitik gezeigt, für welche Politik sie steht.

Das Wahlsystem entspricht dem der Landtagswahl: Mit der Erststimme können Sie Betty Mehrer direkt in den Bezirkstag wählen, mit der zweiten Stimme eine/einen Listenkandidat/in der SPD. Beide Stimmen entscheiden über die Sitzverteilung.

Der Bezirk trägt den Sach- und Personalaufwand

- der Krankenhäuser für Psychiatrie, Neurologie und Suchtkranke,
- der Schulen für Hör- und Sprachgeschädigte sowie für Berufsfachschulen.

Der Bezirk ist Träger

- der Sozialhilfe für Behinderte und der Heimunterbringung.

Weitere Aufgaben des Bezirkstages:

- Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, insbesondere im Bereich des Fremdenverkehrs

- Kultur- und Heimatpflege (Freilichtmuseen, Denkmalpflege)

- Schutz der Natur und Gewässer zweiter Ordnung sowie das Fischereiwesen in Oberbayern

## Bei der Bundestagswahl am 22. September

Bei der Bundestagswahl haben Sie ebenfalls zwei Stimmen zu vergeben. Das Wahlsystem unterscheidet sich aber grundlegend von dem der Landtags- und Bezirkstagswahl.

■ Ihre Erststimme:

Mit der Erststimme können Sie **Klaus Barthel**, den SPD-Kandidaten Ihres Bundeswahlkreises, direkt in den Bundestag wählen. Bitte denken Sie daran: Jede Erststimme für kleinere Parteien ist verschenkt und nützt nur der CSU.

■ Ihre Zweitstimme

**Ganz wichtig:** Bei der Bundestagswahl entscheidet allein die Zweitstimme über die Verteilung der Sitze. **Hier entscheiden Sie über die Kanzlermehrheit** im neuen Bundestag, also darüber, ob Peer Steinbrück unser neuer Bundeskanzler wird.

Mit Ihrer Erststimme am 22. September

**Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit wieder in den Bundestag:**

**Klaus Barthel**



**SPD**

Am 15. September

die Steilvorlage mit einem Regierungswechsel in Bayern und

**Christian Ude** als Ministerpräsidenten

**GENAU! UDE.**

Am 22. September

den fälligen Regierungswechsel in Berlin wählen

mit

**Peer Steinbrück** als Bundeskanzler

**Nicht Umfragen entscheiden, sondern Sie!**